



Klaus Strehl MdL

Vorsitzender
des Ausschusses für Umweltschutz und
Raumordnung

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0
Durchwahl: 2151/2523

An die
Mitglieder des Ausschusses
für Umweltschutz und Raumordnung

Düsseldorf, 21.09.98

im Hause

**31. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung am
16. September 1998**

hier: TOP 2

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haus-
halts (Haushaltssicherungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 12/3300)

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegenden Sprechzettel der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirt-
schaft zu o.a. TOP 2 übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Strehl

Anlage



Bärbel Höhn
Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

"Haushaltsplan 1999.
Umweltpolitische Schwerpunkte."

Eingangsrede vor dem Ausschuß für Umweltschutz und
Raumordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf.
16. September 1998

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Anrede.

Die Landesregierung strebt eine ökologische Modernisierung an, die zu neuen ökonomischen und sozialen Impulsen und Perspektiven in NRW führt.

Durch eine Umweltpolitik, die das Schwergewicht von der Nachsorge auf die Vorsorge verlegt, will die Landesregierung den zukunftsfähigen Strukturwandel in NRW fördern und beschleunigen.

Die Wirtschaft in NRW soll durch die Konzentration auf den produktionsintegrierten Umweltschutz, sie soll durch die Konzentration auf neue Effizienz- und Einspartechnologien in ihrem Ziel unterstützt werden, den Anschluss an die Binnen- und an die Weltmarktnachfrage zu halten und auszubauen. Dabei müssen die Chancen der Globalisierung ebenso wie die Chancen der Regionalisierung genutzt werden.

Das heisst allerdings auch: Die Politik selbst muss sich verändern, um diesen hier formulierten Anspruch erfüllen zu können.

Die in Rio beschlossene Agenda 21 hat die Regierungen aufgefordert, nationale, regionale und lokale Agenden aufzustellen.

Diese Anforderung zielt auf einen neuen Typus von Umweltpolitik.

Hier wird die Nachhaltigkeitpolitik als ressortübergreifendes Konzept angesehen, das in einem Moderationsprozeß aller beteiligten gesellschaftlichen Kräfte erarbeitet wird.

Es geht dabei auch um eine, in diesem Falle regionale Umweltstrategie, die wirtschafts- und technologiepolitische Ziele verfolgt.

Zugespißt formuliert: Es geht darum, dass der integrierte Umweltschutz auch als eine regionale Export- und Weltmarktstrategie gesehen wird.

So hat die Landesregierung jetzt die Initiative ins Leben gerufen: "Agenda 21 NRW - Bündnis für Umwelt, Innovation und Beschäftigung".

Diese Initiative stützt sich auf die Ergebnisse der Rio-Konferenz ebenso wie auf die vielfältigen Prozesse der Lokalen Agenda 21 in NRW.

Diese Initiative greift bewußt den Bedarf nach einer Neugestaltung staatlicher Umweltpolitik auf.

Die Initiative "Agenda 21 NRW" wird konkrete Umweltqualitätsziele festlegen und dabei den Zusammenhang von Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt stellen.

Sie wird eine Umweltverwaltung anstreben, die leistungsfähiger und unbürokratischer vorgeht, ebenso wie sie die Möglichkeit von verbindlichen, freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft ausschöpfen wird.

Eine Diskussion über eine regionale Agenda 21 setzt dabei nicht zuerst bei den Visionen an, sie setzt dort an, wo konkrete Politik stattfindet.

Der Umweltschutz in NRW ist bereits heute ein Standortfaktor für die Wirtschaft, das sieht man daran, dass der Umweltschutzsektor selbst einer der expandierenden Wirtschaftszweige ist.

Die Umweltwirtschaft in NRW ist mit 4.200 Unternehmen die drittgrößte Wirtschaftsbranche im Land.

Nahezu 120.000 Beschäftigte sind in NRW in der privaten, größtenteils mittelständischen Umweltwirtschaft tätig.

An dieser Stelle wollen und müssen wir der Diskussion über die Zukunft der Märkte allerdings einen neuen Akzent geben. Denn der Boom der nachsorgenden Umwelttechnik erreicht in unserem Land langsam seine Grenzen.

Es liegen erste Expertenstudien vor, z.B. vom Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik, die für die Umweltwirtschaft in NRW von einer "ökologischen Innovationslücke" sprechen.

Die Umweltwirtschaft verliert aktuell an Dynamik, weil sie den Bereich des vorsorgenden Umweltschutzes vernachlässigt. Ihre Schwerpunkte liegen - aus der Historie der alten Industrieregion begründet - stark im traditionellen Entsorgungsgeschäft, in den berühmten End-of-pipe-Aktivitäten, die durchaus eine große Bedeutung behalten werden.

Aber es wird jetzt zunehmend deutlich, dass wir in NRW komplexe Effizienz- und Einspartechnologien benötigen, die insbesondere im Inland und auf europäischen Märkten nachgefragt werden.

Das heisst: Die Landespolitik in NRW muss alles dafür tun, dass hier die Komponenten eines produktionsintegrierten, vorsorgenden Umweltschutzes stärker als bisher entwickelt werden. Viele Angebote sind ausserdem noch zu wenig mit vorgeschalteten oder flankierenden Dienstleistungen verbunden, um so ein interessantes ökologisches Paket zu schnüren.

Zum Problem der "ökologischen Innovationslücke" in NRW nenne ich Ihnen das Beispiel der Abfallwirtschaft.

Zukunftsfähige Abfallpolitik

In der großindustriell dominierten Abfallindustrie NRW's wird Umweltschutz hartnäckig immer noch als bloße Nachsorge gesehen. Die Abfallunternehmen RWE, VEW und VEBA konzentrieren ihren technologischen Fortschritt immer noch stark auf Müllverbrennungsanlagen und Filtersysteme. Nicht jedoch auf neue Dienstleistungen und Technologien, die der direkten Vorsorge durch Abfallvermeidung dienen.

Das erste Ziel unserer neuen Abfallpolitik ist dagegen die Abfall-Vermeidung durch produktionsintegrierten Umweltschutz.

Das verstehen wir heute unter "Innovation".

So haben wir von den insgesamt 15.000 genehmigungsbedürftigen Anlagen in NRW (2.500 davon sind als besonders abfallrelevant einzustufen) bislang weit über eintausend Industrie-Anlagen auf die Möglichkeit von Abfallvermeidung und Verwertung überprüft.

Die Sachverständigen haben dabei eine mögliche Recyclingquote zwischen 60 und 85 Prozent errechnet. Es handelt sich um Schmelzanlagen, Gießereien, Lackieranlagen und Anlagen zur Chlor-
...

Erzeugung, um Kaltwalzwerke, Eisen- und Stahlbetriebe sowie Glas- und Papierfabriken.

Hier besteht also ein riesiges Potential für eine neue, vorsorgende Abfallwirtschaft, die sich auf Vermeidung konzentriert.

Es sind Ansatzpunkte, die wir vorfinden für eine neue Abfallpolitik.

Unsere neue Abfallpolitik besteht natürlich darin, dass wir das Kreislaufwirtschaftsgesetz durch ein Landesabfallgesetz konsequent umsetzen und vollziehen werden.

Wir konkretisieren die Aussagen zur abfallarmen Kreislaufwirtschaft an denjenigen Stellen im Landesgesetz, an denen das Bundesgesetz unscharf ist.

Die Auswertung der Abfallbilanzen der Kreise und kreisfreien Städte zeigt uns, dass in den letzten Jahren in verschiedenen Regionen NRW's große Fortschritte bei der Vermeidung und Verwertung erzielt wurden.

Daneben gibt es aber auch noch zahlreiche Kommunen, bei denen große Vermeidungs- und Verwertungspotentiale ungenutzt sind.

Oberstes Ziel unserer Politik bleibt aber die Abfallvermeidung und die Vermeidungssteuerung.

Dort, wo Abfälle anfallen, müssen sie im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft ohne Probleme für die Umwelt in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden.

Die danach verbleibenden Restabfälle müssen sicher entsorgt werden. Es muss eine ordnungsgemäße Vorbehandlungsweise gewährleistet sein. Dafür steht unsere Politik.

Die technischen Verfahren müssen daher ausgereift und angemessen sein.

Es müssen neue, innovative Verfahren gefördert werden, ich meine damit vor allen Dingen dezentrale, modulare und flexible Abfallbehandlungsanlagen.

Hier setzt die Landesregierung auf die Entwicklung nicht-thermischer Verfahren, bei der mein Haus auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft setzt.

Das aufgelegte Programm zur "Förderung innovativer Abfallbehandlungsverfahren" geht genau in diese Richtung.

Es geht mir, wie anfangs gesagt, um eine regionale Umweltstrategie, die stark wirtschafts- und technologiepolitische Ziele verfolgt.

Es geht darum, dass der vorsorgende, integrierte Umweltschutz auch als regionale Exportstrategie gesehen wird.

Daher begrüße ich es sehr, dass die Oberhausener Anlagen-Firma Babcock jetzt im spanischen La Coruna den Zuschlag für die europaweit grösste Mechanisch-biologische Anlage erhalten hat.

Ich bin ganz sicher:

Bald werden nicht nur im Mittelmeerraum, bald werden auch anderswo in Europa und natürlich auch in Deutschland selbst solche Anlagen stark nachgefragt werden.

Was schließlich das Problem der Sonderabfälle betrifft, so wird die Landesregierung - im Zusammenhang mit dem neuen Landesabfallgesetz - den Datenaustausch über die Entsorgungsnachweise Sonderabfälle auf eine neue Grundlage stellen.

Durch die Einrichtung einer Zentralen Stelle beim Landesumweltamt werden wir mehr Transparenz bei den Sonderabfallströmen erreichen.

Wir verbessern außerdem die Datenlage für die Überwachung von Abfallerzeugerpflichten und für die Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Zukunftsfähige Kreislauf- und Stoffwirtschaft

Der klassische Umweltschutz, der sich auf die konventionelle Umwelttechnologie stützt, befasst sich vor allem mit den Schadstoffen, mit der Reparatur und Symptombekämpfung. Und er hat dadurch zur Verbesserung der Umweltsituation beigetragen.

Es wird aber zunehmend deutlich, dass der technische Umweltschutz sich mehr mit den Stoffumsätzen befassen muss: mit der Verwandlung von Rohstoffen in Produkte, mit der ökologischen Zukunftsfähigkeit von Stoffen, Produktionsverfahren und Produkten.

Aber auch die Menge an bewegter Stoffmasse und an verwendeter Energie ist ein Problem, weil alle Stoffumsätze mit grossen Schwierigkeiten verbunden sind.

Unsere Wirtschafts- und Produktionsweise erzeugt bei der Verwandlung von Rohstoffen in Produkte

immer noch und fortlaufend zu hohe Emissionen, zu viele Abwässer, zu viele Abfälle.

Daher müssen künftig Fragen der Kreislauf- und Stoffwirtschaft eine bedeutende Rolle einnehmen.

Für die landestypischen Wirtschaftsbranchen müssen Chancen und Risiken einer ökologischen Stoffwirtschaft untersucht werden.

Um bestimmte Stoffströme beurteilen zu können, werden zunächst exakte Informationen über die Umweltbelastungen bei der Herstellung, Verwendung, Verwertung und Entsorgung von Produkten benötigt.

Für diese Untersuchung von Stoffströmen werden im Landeshaushalt 200.000 DM veanschlagt.

Landesinitiative Produktionsintegrierter
Umweltschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vielfältigen Ideen für eine nachhaltige Umweltpolitik, die ich anfangs genannt habe, basieren allesamt auf der Erkenntnis, dass die Standortvorteile NRW's nicht in niedrigen

Umweltkosten, sondern in der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft liegen.

Dies betrifft m. E. ganz besonders die kleinen und mittleren Unternehmen im Land.

Sie gehören zu den wichtigsten Ideenquellen für neue Produkte und Verfahren, ohne die oft die großen Betriebe und Unternehmen nur schlecht oder gar nicht zurechtkommen würden.

Daher hat die Landesregierung jetzt zur Forcierung des Produktionsintegrierten Umweltschutzes die "Effizienzagentur NRW" gegründet.

Haushaltsansatz für 1999: 3 Mio DM.

Diese Agentur, die unter Federführung des MURL arbeitet, wird kleine und mittlere Unternehmen bei der Untersuchung und Realisierung von Ressourceneinsparpotentialen unterstützen.

Dies nutzt der Umwelt und rechnet sich auch betriebswirtschaftlich - ein gutes Beispiel für die Verbindung von Arbeit und Umwelt.

Mit dieser Agentur wollen wir in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft

neue Ideen im produktionsintegrierten Umweltschutz fördern. Stichwort Wissenstransfer.

Wir sind uns sicher, dass hier unter dem Thema "wissensbasierter Strukturwandel" neue forschungs- und innovationspolitische Aufgaben für NRW entstehen.

Nachhaltige Wasserpolitik

Auch beim Gewässerschutz arbeiten wir in NRW zuerst auf Vermeidung und auf das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens hin.

Zu diesem Zweck stellen wir Bilanzen des Wasserhaushaltes auf, welche die nutzbare Menge darlegen. Unser Ziel ist, dass für jede Region der Wasserschatz erfaßt und seine Nutzung geplant werden kann.

Damit orientieren wir uns am tatsächlichen Wasserangebot und vollziehen so eine Abkehr von der bisher praktizierten Bedarfsplanung hin zum aktiven Ressourcenschutz.

In gleicher Weise formulieren wir qualitative Anforderungen an die oberirdischen Gewässer.

Als einen wichtigen Beitrag dazu legt das MURL nun im dritten Jahr ein "Initiativprogramm zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft NRW" auf.

Es wird aus der Abwasserabgabe finanziert.

Dieses Initiativprogramm des MURL weicht bewußt von der bisherigen, nachsorgenden Umweltschutzpolitik ab.

Das Initiativprogramm fördert gezielt neue Wege

- **zum ökologischen Umgang mit dem Regenwasser und damit zur Reduzierung der zu behandelnden Abwassermengen,**
- **zur Entwicklung innovativer Techniken hin zur Wasserkreislaufwirtschaft.**

Durch das "Initiativprogramm Wasserwirtschaft" haben wir im Zeitraum 1997/98 Investitionen von rund 1 Mrd. DM angeregt und ca. 6.000 Arbeitsplätze gesichert.

Die auf dem Verursacherprinzip basierende Abwasserabgabe hat sich längst als ein zielführendes, die Wassergesetze flankierendes Instrument zur Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie, von Arbeit und Umwelt erwiesen.

Sie ist ein wesentlicher Baustein für eine nachhaltige Wasserwirtschaft.

Der in der Titelgruppe 71 dargelegte Haushaltsansatz von 173,1 Mio DM stellt die zu erwartenden zweckgebundenen Einnahmen der Abwasserabgabe dar, die in das Landesprogramm "Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft" einfließen. Sie werden ein rund vierfaches Investitionsvolumen (mit den entsprechenden Arbeitplatzeffekten) anregen.

Abwassermaßnahmen/Naturnahe Gewässer- Unterhaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

so sehr die Verwendung der Abwasserabgabe auch bereits zur deutlichen Verbesserung der Gewässergüte in NRW beigetragen hat, es gibt nach wie vor in unserem Land bestimmte Gewässer, bei denen die Fragen einer ökologischen, nachhaltigen Wasserwirtschaft noch längst nicht auf der Tagesordnung stehen.

Hier finden wir einen Grad an Verschmutzung vor, der zunächst die klassische Sanierung erforderlich macht.

Hier sind Investitionen erforderlich, die erst noch die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung schaffen müssen: für eine Standortqualität, die den Erfordernissen des modernen Umweltschutzes entspricht.

Das Sesekeprogramm ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie der ökologische Umbau des Emschersystems.

In beiden Fällen geht es um das Ziel, aus einem von den industriellen Verhältnissen geprägten Gewässersystem wieder ein naturnahes Gewässer zu machen: die Wasserläufe wieder stärker in den Naturhaushalt einzubinden und wieder ihren ökologischen Aufgaben zuzuführen.

Insbesondere der Umbau des Emschersystems hat für die Landesregierung große Bedeutung, denn hier geht es dringend um die Forcierung des Strukturwandels in der Emscherzone.

Über die hier erwähnten nachsorgenden Abwassermaßnahmen hinaus fördert die Landesregierung insgesamt den naturnahen Umbau der Fließgewässer bzw. deren Renaturierung.

Dies erfolgt vor allen Dingen im Rahmen des Ökologieprogramms für den Emscher-Lippe-Raum.

Da in NRW mehr als die Hälfte der Fließgewässer als naturfern eingestuft werden muss, ist die naturnahe Umgestaltung eine auf Jahrzehnte angelegte Daueraufgabe.

Nicht zuletzt gewährt das Land auch Finanzierungshilfen für die naturnahe Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung: für 1999 geht es hier um die Summe von 15 Mio DM.

Hochwasserschutz

Wenn wir das Ziel des vorsorgenden Hochwasserschutzes anstreben, so müssen wir dabei zuerst aus den Erfahrungen beim Oder-Hochwasser konkrete Konsequenzen für NRW ziehen.

Damit meine ich vor allen Dingen die Tatsache, dass in NRW bisher nur rund ein Drittel der Deiche durch Deichverteidigungswege erschlossen sind. Der grosse Rest kann im Gefahrenfall nicht erreicht und damit nicht gesichert werden.

Die vollständige Sanierung der Deiche wird aber voraussichtlich noch 20 Jahre dauern, d.h. wir müssen jetzt den Bau von Deichverteidigungswegen

vorziehen und diese Aktion möglichst im Zeitraum von 5 Jahren abschliessen.

Wir sind uns gleichzeitig im klaren darüber, dass wir das Hochwasser-Problem nicht durch den Bau immer grösserer Deiche lösen können. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die Wellenscheitel des Rheins bei Hochwasser zu dämpfen.

Ein Weg dahin ist die Rückverlegung alter Deiche; daran arbeiten die betroffenen Ämter und Verbände bereits.

Eine andere Lösung ist die, im Hinterland mehr sog. Rückhalteräume anzulegen. Dazu müssen die Gewässer und ihre Auen renaturiert werden.

Seit 1995 hat das Land nun bereits 250 Mio DM für die Verbesserung der Deiche und für die Schaffung von Rückhalteflächen in früheren Überschwemmungsgebieten ausgegeben.

Dadurch wurde ein Bauvolumen von 310 Mio DM initiiert.

Allein im letzten Jahr wurden 50 Deichkilometer saniert.

Die Deichrückverlegung in Orsoy-Land wird im Frühjahr 1999 abgeschlossen: die bundesweit erste großflächige Wiederherstellung eines früheren Überschwemmungsgebiete ohne vertragliche Verpflichtung.

Für die Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein muss das Land in den nächsten 20 Jahren Fördermittel von 40 bis 50 Mio DM pro Jahr veranschlagen.

Aber auch in anderen Landesteilen muss investiert werden; vor allem im oberen Lippegebiet, im Erftgebiet und im Bergischen Land.

Dort sollen in den nächsten 10 Jahren Vorhaben mit einem Volumen von 200 Mio DM verwirklicht werden. Das Land wird sich hier jährlich mit 13 Mio DM Fördermitteln beteiligen.

Nicht zuletzt nehmen die Talsperren unseres Landes eine wichtige Rolle auch für den Hochwasserschutz ein.

Deshalb richtet sich hier das Hauptinteresse auf die Sicherheit der bestehenden Bauwerke, die bei einem Teil der Talsperren nicht mehr ausreichend gegeben ist.

Das Land hat bisher für 41 Stauanlagen Sanierungsmittel bereit gestellt. Und damit dieses Projekt, das bis zum Jahr 2.000 abgeschlossen sein soll, zügig weitergehen kann, sind im Haushaltsansatz 7,25 Mio DM vorgesehen.

Altlasten

Meine Damen und Herren,

wenn ich mich am Anfang meiner Rede für das Ziel des nachhaltigen, zukunftsfähigen Wirtschaftens im Industrieland NRW ausgesprochen habe, so plädiere ich damit im Namen der Landesregierung für einen vorsorgenden, produktionsintegrierten Umweltschutz, der bestimmte Umwelt-Probleme gar nicht erst entstehen lässt.

Bei einem Umweltproblem allerdings, auf das ich jetzt eingehe, handelt es sich noch in ganz besonderer Weise um den klassischen, nachsorgenden Umweltschutz.

Ich meine die Beseitigung der Altlasten in unserem Land.

Neben den bekannten Landesmitteln für die Reaktivierung von Brachen ist das MURL speziell mit

...

einem Sonderprogramm für Gefahrenabschätzungen und Sanierungsmöglichkeiten beteiligt. Dieses Programm ist bekanntlich auch in den Handlungsrahmen der Landesregierung für die strukturschwachen Kohlegebiete eingegangen.

Aktuell sind in NRW rund 30.000 Altlast-Verdachtsflächen erfasst. Mit Unterstützung des Landes wurden bisher rund 6.600 Flächen Altlast-Erkundungen durchgeführt. Über 1.400 Sanierungen wurden begonnen bzw. bereits abgeschlossen.

Mit der Fortsetzung dieser Arbeit sind die Kommunen allein überfordert. Sie brauchen auch weiterhin die finanzielle Unterstützung durch das Land.

Diese Einschätzung gilt m. E. auch dann weiterhin, wenn es optimistischerweise bald zu einer freiwilligen Lösung für das Lizenzmodell im Bereich der Altlastensanierung kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme auf weitere Punkte unserer Arbeit zu sprechen, die man ebenfalls als klassische Aufgabe des Umweltministeriums bezeichnen kann.

Wirksamer Bodenschutz

Die Umsetzung des Bundes-Bodenschutz-Gesetzes ist ein Schwerpunkt der Landesregierung in den nächsten Jahren.

Mein Haus wirkt bei der Vorbereitung einer Bodenschutz- und Altlastenverordnung des Bundes mit und bereitet ein Landes-Bodenschutzgesetz vor.

Ergänzend werden zahlreiche Verwaltungsvorschriften erforderlich sein, um so die Belange des Bodenschutzes auch entsprechend erfolgreich in bodenrelevante Planungs- und Genehmigungsverfahren einbringen zu können.

Für Untersuchungen und Vorplanungen wollen wir hier 500.000 DM im Haushalt bereitstellen.

Gleichzeitig hat das MURL ein Förderprogramm zu "Massnahmen des Bodenschutzes" geschaffen, für das ab 1997 Fördermittel bereitgestellt worden sind. Hierbei ging es vor allem um die Erarbeitung von Bodenbelastungskarten, die eine wichtige Arbeitsgrundlage für den stofflichen Bodenschutz darstellen.

Ziel des Programms ist die Unterstützung der Kommunen bei Untersuchungen und bei Sanierungs-

bzw. Beschränkungsmaßnahmen auf belasteten Böden.

Für das Förderprogramm werden im Haushalt 2 Mio DM bereitgestellt.

Lärminderung

Für die Landesregierung ist der Lärmschutz ein zentraler Baustein ihrer Umweltpolitik.

Die Lärmbebelastung insbesondere der städtischen Bevölkerung ist ein großes aktuelles Umweltproblem.

Durch Lärminderungspläne werden wir die Lärmbelastung systematisch reduzieren.

Die Arbeit mit Lärminderungsplänen richtet sich nach den Vorschriften des BImSchG, § 47 a, und betrifft auf der praktischen Ebene die Gemeinden.

Eine umfassende Umsetzung der Gesetzesvorschrift ist meines Wissens bisher an den fehlenden Finanzmitteln der Gemeinden gescheitert. Die Gemeinden haben aber trotzdem die Notwendigkeit

von Lärminderungsplänen erkannt und beginnen mittlerweile damit, den Ist-Zustand zu untersuchen. Das Umweltministerium will auch weiterhin das Interesse der Gemeinden an Lärminderungsplänen wecken und forcieren. Zu diesem Zweck haben wir 1996 begonnen, einzelne Städte bei der Aufstellung solcher Pläne finanziell zu unterstützen.

Fördermittel gingen bisher an die Städte Aachen, Bielefeld, Bonn, Brühl, Düsseldorf, Köln, Münster, Rheine, und Troisdorf.

Das Landesumweltamt hat das Modellprojekt "Lärminderungsplan Herne/Wanne" durchgeführt.

In dieser Weise wollen wir die Arbeit in 1999 fortsetzen.

Luftreinhaltung

Das Umweltministerium wird auch auf diesem Gebiet seine bisherige Politik konsequent fortsetzen.

Wir konzentrieren uns weiterhin auf das Minderungsprogramm zu Dioxin-Emissionen aus Produktionsanlagen, ermitteln schwerpunktmässig hochtoxische und krebserzeugende Luftschadstoffe

und streben die Reduzierung von Ozonvorläuferstoffen in der Luft an.

In noch festzulegenden Regionen NRW's werden humanmedizinische epidemiologische Wirkungsuntersuchungen durchgeführt.

Und die in die Untersuchungsberichte bzw. Luftreinhaltepläne einfließenden Sachverhalte können sowohl zu Sonderuntersuchungen wie auch zu besonderen Maßnahmen in den Schwerpunkten des Rhein-Ruhr-Gebietes führen.

Zu unserer Neukonzeption des Luftüberwachungsnetzes NRW 2000 gehört u.a., dass vier neue Messstationen eingerichtet und das Messnetz flexibler gestaltet worden ist.

Außerdem wird durch Integration der mobilen Messstationen eine Flexibilisierung des Mess-Netzes erzielt.

Gleichzeitig wird in 1999 die Datentechnik grundsätzlich neu konzeptioniert.

Schutz vor elektromagnetischer Strahlung

Viele Menschen müssen heute befürchten, dass die zunehmende Anwendung elektrischer Energie und drahtloser Kommunikationstechnik ihrer Gesundheit schadet.

Das MURL wird - mit Hilfe von externen Sachverständigen - eine systematische Bestandsaufnahme der wichtigen technischen Strahlungsquellen (Emissionskataster) und zusätzliche Untersuchungen im häuslichen Bereich vornehmen.

Für das Projekt einer grundlegenden epidemiologischen Untersuchung gibt es Planungen zu einer landesübergreifenden Zusammenarbeit mit Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Ökologische Landesplanung

Die Landesplanung verfolgt a priori eine Querschnittsorientierung und sie ist frei von fachlichen Eigeninteressen. Daher ist sie besonders geeignet für frühzeitige Konfliktvermeidung.

Mir liegt sehr daran, daß die Landesplanung diese wichtige Servicefunktion im Sinne einer nachhaltigen Strukturentwicklung auch wirklich ausfüllt.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele einer dienstleistungs- orientierten Landesplanung nennen:

1. Beispiel:

Dokumentationsstelle Umweltverträglichkeitsprüfung

Seitdem die Umweltverträglichkeitsprüfung im UVP-Gesetz verankert ist, gibt es die Kritik, die Verfahren würden dadurch erschwert. Einzelne Probleme wurden sofort als Indiz genommen für die angebliche Untauglichkeit der UVP.

Es wird von mir jetzt eine UVP-Dokumentationsstelle eingerichtet, um diese Probleme zu lösen. Beseitigt werden soll damit jeder Mangel an Informationen über bereits durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfungen.

2. Beispiel: Ökologische Stadtentwicklung

In diesem Bereich läuft in NRW ein gross angelegtes Modellprojekt, das auf kommunaler Ebene die verschiedenen Handlungsfelder Verkehr, Energie, Bauen, Wohnen, Abfall und Wasser im Sinne der Nachhaltigkeit miteinander vernetzen soll.

Es ist die Aufgabe der Modellstädte Aachen, Hamm und Herne, dazu beispielhafte Lösungsansätze zu erarbeiten und zu diskutieren.

Der Schwerpunkt wird in 1999 darin liegen, das Modellprojekt praktisch relevant zu gestalten, also die ökologischen Ziele mit den Zielen der Stadtentwicklung zu verbinden und dadurch neue Handlungsfelder zu schaffen.